

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 226.

Erscheint jeden Wochentag Abends 1/7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Dienstag, den 29. Septbr.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Einladung zum Abonnement.

Indem wir das geehrte Publikum Freibergs sowie der näheren und weiteren Umgebung zum Abonnement auf unser täglich erscheinendes Organ

„Freiberger Anzeiger und Tageblatt“

pro viertes Quartal 1885 höflichst einzuladen uns erlauben, bitten wir, besonders die auswärtigen Abonnenten, die Bestellungen auf das Blatt rechtzeitig machen zu wollen, damit eine Unterbrechung resp. verspätete Lieferung vermieden wird.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 2 Mark 25 Pfg. Inserate, pro gespaltene Zeile 15 Pfennige, finden bei der großen Auflage des Blattes die weiteste und zweckentsprechendste Verbreitung. Bestellungen nehmen sämtliche kaiserliche Postanstalten, sowie die benannten Ausgabestellen entgegen.

Die Expedition des „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“.

Die Versammlungen der Berliner Arbeiterinnen.

Eine eigenartige Bewegung giebt sich seit kurzem in der deutschen Reichshauptstadt kund und zieht bereits ihre Kreise sehr weit in das ganze Reich hinaus. Es ist die mit der Frauenfrage zusammenhängende Agitation, deren Bedeutung bis jetzt entschieden unterschätzt worden ist. Die Männer bringen derselben im Allgemeinen wenig Wohlwollen, sehr häufig aber bitteren Spott entgegen, der nicht nur durch den stürmischen und wenig parlamentarischen Verlauf der Berliner Frauenversammlungen, sondern fast noch mehr durch die humoristischen oder gar satyrischen Berichte der Tagespresse erweckt und gereizt wird. Trotzdem hat die Sache ihre sehr ernste Seite, denn es ist nur eine logische Folge der Sozialreform, daß die Frauen über die Stellung ihres Geschlechtes im Staate und über die Mittel nachzudenken, dieselbe zu verbessern. Voraussetzlich wird sich für die Frauenfrage ebenjowenig eine vollständig befriedigende Lösung finden lassen als für die soziale Frage, von der sie einen Theil bildet, aber als Anregung für gewisse Verbesserungen ist die eine so wenig völlig abzumeisen wie die andere. Es würde ein großer Irrthum sein, wollte man annehmen, daß die Leiterinnen der gegenwärtigen Bewegung in Berlin dieselbe künstlich erzeugt hätten, oder daß die an das Vordringen dieser Bewegung im Staate wären, die Frauenfrage wieder plötzlich von der Tagesordnung verschwinden zu machen. Diese schwierige Frage ist uralte wie die Menschheit; man ist ihr nur stets aus dem Wege gegangen, weil man sie für unlösbar und unbehaglich hielt und weil Niemand da war, der auf die Lösung zu dringen wagte.

Bis in die neueste Zeit galt fast bei allen Völkern der Grundgedanke, daß die Frau im öffentlichen Leben keine Stimme habe und daß nur der Mann berufen sei, an der Gesetzgebung mitzuarbeiten, dabei die Interessen der Frau mit zu wahren und ihre soziale Stellung zeitgemäß zu gestalten. Dadurch macht der jetzige Versuch der Frauen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, entweder den Eindruck der Spielerei oder er muß als Beweis dafür angesehen werden, daß die Männer ihre Schuldigkeit als Beschützer des schwächeren Geschlechtes nicht voll erfüllt haben. Wägen nun auch einzelne Frauen Berlins die jetzige Agitation als eine Art von Zeitvertreib anzusehen, so ist doch die Mehrzahl von dem tiefen Ernst der Frauenfrage sicher wahrhaft durchdrungen. Je schwerer die Gründung eines Hausstandes wird, desto größer wird die Zahl der Frauen, die auf Selbstwerb angewiesen, oft unter sehr erschwerten Verhältnissen den Kampf um das Dasein führen. Die sozialdemokratischen Versuche der Einschränkung der Frauenarbeit haben ebenso wie die jetzige Frauenbewegung in Berlin nur dazu gebietet, tiefe soziale Schäden bloßzulegen. Nun der Arbeiter von dem bisher meist tieferhüllten Glend weggezogen ist, kann man sich der Verpflichtung nicht mehr entziehen, eine Binderung desselben zu versuchen. Die Nothlage unzähliger Frauen in den Groß- und Mittelstädten ist eine Thatfache, die auf den neuerdings veranstalteten Versammlungen nur festgestellt, aber nicht hinweggeräumt werden konnte, die übrigens den einsichtsvollen Nationalökonomen längst bekannt war.

Ist diese Angelegenheit trotz der zuweilen die Spottlust erweckenden Art der Behandlung eine so ernste, dann läßt sich auch der Gedanke nicht abweisen, daß bisher der Mann seine Aufgabe als Beschützer des weiblichen Geschlechtes nur ungenügend erfüllt. So beschämend dieses Eingeständnis ist, kann diese Erkenntnis nur nützen, indem sie dahin leitet, daß sich die Männer mehr als bisher mit der Frauenfrage beschäftigen und dieselbe auf das Maß berechtigter Forde-

rungen beschränken, während jetzt zuweilen auch Ansprüche laut werden, die weder berechtigt noch erfüllbar sind. So wie man sich mit dieser Sache aus Pflichtgefühl beschäftigen wird, kann auch das Ungefunde aus der Bewegung ausgeschieden und besonders die geforderte Vertretung des weiblichen Geschlechtes in den Parlamenten entschieden zurückgewiesen werden. Dagegen wird den Frauen dasselbe Koalitionsrecht zugesprochen werden können, wie den männlichen Arbeitern, weil damit allein der Zustand, daß gerade die weibliche Arbeit in einzelnen Fabrikationszweigen so spottschlecht bezahlt wird, bekämpft werden kann. Im Ganzen dürfte es das Richtige sein, die Frauen mit Rath und That zu unterstützen, dieselben möglichst aller Wohlthaten der sozialen Gesetzgebung theilhaftig zu machen, sie nach wie vor dem politischen Treiben fern zu halten, aber darüber zu belehren, was sie von den politischen Parteien der Männerwelt zu erwarten haben.

Bis jetzt haben nur die Ultramontanen und die Sozialdemokraten in vollster Erkenntnis des weiblichen Einflusses sich als die Anwälte der Frauen hingestellt und davon nicht geringen Nutzen gezogen. In katholischen Ländern sehen die Frauen, gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht, in den Priestern ihre wärmsten Fürsprecher, in anderen Gegenden neigen sie mehr als gut ist den Sozialdemokraten zu, deren Schlagworte ihnen irrtümlicher Weise äußerst günstig erscheinen. Es ist durchaus nicht überflüssig, die Frauen darüber aufzuklären, welche unerfreuliche Stellung ihnen nach den utopischen Plänen der sozialdemokratischen Führer in dem erträumten sozialistischen Zwangsstaat angewiesen werden, wie ferner die Erfüllung der Forderung der sogenannten Arbeiterpartei auf Einschränkung der Frauenarbeit dem weiblichen Geschlecht nur die traurige Wahl ließe zwischen einer Ehe ohne Neigung oder dem bittersten Mangel. Diese Einschränkung soll und kann dazu dienen, den Lohnsatz der männlichen Arbeiter zu erhöhen, aber es fehlt alle und jede Garantie dafür, daß diese Mehrbezahlung dazu verwendet würde, Frau und Kinder zu ernähren oder bedürftige Mütter und Schwestern zu unterstützen. Leider sind die Fälle gar nicht so selten, wo der Arbeitslohn der Frau allein die Wirtschaft erhält, während der Mehrerwerb des Mannes außer dem Hause verzehrt wird.

Auf dem in den letzten Tagen in Nürnberg stattgefundenen Volkswirtschaftlichen Kongress sagte der Referent Dr. Baumbach sehr richtig, „er sei mit den Humanitätsbestrebungen für den Arbeiterschutz im Allgemeinen einverstanden, er billige nur nicht die Wege der sozialistischen Gegner und halte den für den besseren Freund des Arbeiters, der das Mögliche zu erreichen suche, aber nicht ideale Luftgebäude aufbaue, die niemals verwirklicht werden. Aber bei diesen Bestrebungen heiße es auch: „Summa humanitas, summa atrocitas“; „Die Humanität, auf die Spitze getrieben, wird zur Grausamkeit.“ Das wäre zum Beispiel ein völliges Verbot der Frauenarbeit oder eine absolute Beschränkung derselben etwa auf sechs Stunden, ohne für den entgangenen Verdienst Ersatz zu gewähren. Ebenso sei es mit der Kinderarbeit; ihr Verbot wäre ein Unglück. Manche Familien in gewissen Industriebezirken sind auf die Kinderarbeit angewiesen; z. B. bei der Griffel-Fabrikation spitzen die Kinder die Griffel und wickeln sie in Papier ein. Welchen Sinn hätte es nun, solche Kinder einfach der öffentlichen Armen-Unterstützung zu überweisen? Er verweigere sich feierlich dagegen, als ob er gegen jede Einschränkung der Kinderarbeit wäre; im Gegentheile, er sei für gewisse Einschränkungen, wie ja eine solche bereits in der Schulpflicht bestehe, aber die Kinderarbeit ganz zu verbieten, hielte er für eine unerhörte Grausamkeit.“ Mit ähnlichen Beweisgründen muß man jetzt die Leiterinnen

der Berliner Frauenbewegung verhindern, sich in das sozialdemokratische Lager zu begeben. Wie nahe diese Gefahr ist, zeigt der jetzt aufgestellte und vertheidigte Satz, daß nur die weiblichen Mitglieder des Arbeiterstandes zur Lohnarbeit berechtigt sein sollen. Leider haben auch andere Stände ein nicht minder empfindliches Proletariat aufzuweisen und gerathen zuweilen in Lebenslagen, wo der Ertrag der weiblichen Arbeit dazu helfen muß, Noth und Schande zu bannen. Offenbar hat die Frauenfrage so viele Gesichtspunkte, daß die Beschäftigung mit derselben keine leichte ist; der sozialen und politischen Pflicht, sich mit derselben eingehend zu beschäftigen, können sich aber die Ordnungsparteien nicht länger entziehen, wenn sich diese Unterlassungssünde nicht später an ihnen empfindlich rächen soll.

Tageschau.

Freiberg, den 28. September.

Der deutsche „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Note der spanischen Regierung an ihren Gesandten in Berlin: „Ew. Excellenz haben von den bedauerlichen Vorfällen Kenntniß erhalten, welche sich in der Hauptstadt in der Nacht vom 4. d. M. ereignet haben. Eine zügellose Volksmasse zog in Benutzung der Aufregung, welche die seitens des Generalgouverneurs der Philippinen am nämlichen Tage eingegangenen Nachrichten hervorgerufen hatten, in Schaaren nach dem von der deutschen Gesandtschaft bewohnten Hause und riß nach einem heftigen Kampfe mit den zum Schutz dort aufgestellten Polizei-Agenten das Wappen herab, um dann damit einen Theil der Stadt zu durchziehen. Aus den Ew. Excellenz zugegangenen Schriftstücken werden Sie entnommen haben, daß die Regierung Sr. Majestät in der Voraussicht, die Angelegenheit der Karolinen-Inseln könnte vielleicht den Vorwand zu Unruhen liefern, sich beeilt hat, die energigsten Maßregeln zu ergreifen, um in der Hauptstadt sowohl als in den Provinzen die Gesandtschaft Sr. Majestät des deutschen Kaisers und die kaiserlichen Konsulate gegen jeden Angriff und jede Verletzung seitens Derjenigen zu schützen, die aus besonderen Motiven kein Mittel unversucht lassen würden, um einen internationalen Konflikt von den unheilvollsten Folgen herauszubeschwören. Zum Unglück hat der Mangel an Energie des mit dem Schutze der deutschen Gesandtschaft in Madrid betrauten Polizei-Chefs und der das deutsche Konsulat in Valencia bewachenden Polizei-Agenten die angeordneten Vorsichtsmaßregeln vereitelt. Die Regierung Sr. Majestät hat, sobald sie von den Vorkommnissen Kenntniß erhielt, den Polizei-Chef, welcher die deutsche Gesandtschaft in Madrid bewacht hat, und die Polizei-Inspektoren, die mit dem Schutze des deutschen Konsulats in Valencia betraut waren, ihres Amtes enthoben, da ihrer Schwäche die Schuld an den begangenen Exzessen beizumessen ist. Gleichzeitig hat sie die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens angeordnet, demgemäß die gedachten Polizeiagenten und ein gewisser Anastasia Albarran Garcia, in dem der Anstifter des in der Straße „Amor de Dios“ begangenen Exzesses vermurthet wird, sowie 15 zugleich mit jenem verhaftete Individuen, wegen Theilnahme an den Unruhestörungen vor Gericht zu stellen sind. Die Regierung Sr. Majestät hat die Ausschreitungen gegen die Vertreter einer Macht, mit welcher Spanien enge Beziehungen unterhält, lebhaft bedauert; sie verurtheilt dieselben in ausdrücklicher und formeller Weise und beauftragt Ew. Excellenz, dies zur Kenntniß des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu bringen, indem sie hofft, daß diese offenen und freundschaftlichen Erklärungen von der Regierung Sr. Majestät des Kaisers in demselben Geiste der Aufrichtigkeit und des Entgegenkommens werden aufgenommen werden, von dem die Regierung Sr. Majestät bei Ueber-